

NEUES AUS MITTE

Die parlamentarische Woche 01/2008

Termine

OV Bernauer Straße:

So., 19. 10. 08, 10.00 Uhr,
Straßenaktion für Pro Reli auf
dem Hackeschen Markt
(gemeinsam mit dem Orts-
verband Unter den Linden)

OV Dorotheenstadt:

Sa., 18.10.08, 11.00 Uhr; CDU
-Präsent, Gesundbrunnen-
center

Mi. 22.10.08, 17.30 Uhr,
Mitgliederversammlung
zur aktuellen Situation der
Berliner CDU, CDU Geschäfts-
stelle, Wallstraße 14A, 10179
Berlin

Fr. 31.10.08, 17.00 - 19.00
Uhr, Fachgespräch zum
Thema: „Öffentlich-Private
Partnerschaften“- mit Marlies
Wanjura, Bezirksbürger-
meisterin von Reinickendorf.
Preußischer Landtg, 10111
Berlin, Raum 311, An-
meldungen bis 20. Oktober an
Fr.von Wensierski, 030-2325-
2103, wensierski@cdu-
fraktion.berlin.de

OV Moabit:

Sa., 18. 10.08; 10.00 Uhr; CDU
-Präsent in der Turmstraße/
Ecke Oldenburger Straße

OV Tiergarten:

Sa., 18.10.08, Canvassing
Di., 21. 10.08, 20.00 Uhr:
„Programm für Tiergarten“, 1.
Arbeitssitzung, Marjan-Grill,
Flensburger Str./Ecke
Bartningallee (S-Bhf. Bellevue)

OV Unter den Linden:

Sa. 18.10.08, 12.00 Uhr;
Canvassing, Unterschriften-
sammlung ProReli

OV Wedding:

Sa. 18.10.08, 10.00 Uhr;
Canvassing, Standorte: vor der
Müllerhalle, Londoner- Ecke
Holländer Str., Leopoldplatz,
Gesundbrunnencenter
Sa. 18.10.08, 12.00 Uhr;

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

Ich freue mich, Ihnen die erste Ausgabe von "Neues aus Mitte - Die parlamentarische Woche" zu präsentieren. Dieser Newsletter soll die bestehenden Informationsangebote des Kreisverbands, z.B. die regelmäßig erscheinenden Mitgliederbriefe, sinnvoll ergänzen. Er bildet die wichtigsten Initiativen der CDU-Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus und der BVV Mitte ab. Damit möchte ich Ihnen ein Angebot machen, um sich noch umfassender über die inhaltliche Arbeit der CDU in den Parlamenten informieren zu können.



Selbstverständlich können Sie sich auch wie gewohnt an Sven Rissmann und mich als Ihre CDU-Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus wenden. Thorsten Reschke, der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der BVV Mitte, steht Ihnen ebenfalls für alle Fragen zur Verfügung.

In den kommenden Wochen wird die Union gemeinsam mit der Initiative "Pro Reli" und den Kirchen weiter für die Einführung des Religionsunterrichts als gleichberechtigtem Wahlpflichtfach neben dem Ethikunterricht kämpfen. Um erfolgreich zu sein, müssen rund 170.000 Berlinerinnen und Berliner bis zum 21. Januar 2009 für das Volksbegehren unterschreiben. Die Mitglieder der CDU Mitte stehen dazu bereits jetzt an den Ständen und sammeln fleißig Unterschriften. Für den 5. November habe ich zudem die Vorsitzenden der Ortsverbände und der Vereinigungen sowie die Mitglieder des Kreisvorstands zu einem Treffen mit dem Kampagnenleiter von "Pro Reli", Matthias Wambach, eingeladen, um weitere Maßnahmen zu besprechen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr



Frank Henkel, MdB
Kreisvorsitzender

Termine

Sprechstunde mit Sven Rissmann, MdA und den Weddinger Bezirksverordneten Carsten Spallek, Heinz Kiske und Hagen Streb, Salumeria „Mercantino“, Müllerstraße 118, Gaststätte „Postkutsche“, Gerichtstraße 34

Sa. 18.10.08, 19.00 Uhr; Besuch des Berliner Oktoberfestes – Rundgang über den zentralen Festplatz und anschließendes Beisammensein, **A n m e l d u n g e n** an carsten.spallek@web.de **So. 26.10.08, 11.00 Uhr,** Fröh-schoppen der CDU Wedding, Restaurant „Springer“, Afrikanische Str. 90A, 13351 Berlin

Mo. 27.10.08, 19.00 Uhr; Berliner Abend mit Dr. Christian Burholt, Wahlkreis-kandidat für die Bundestags-wahl 2009, Restaurant „Postkutsche“, Gerichtstraße 34

Junge Union:

Mi. 22.10.08, 19.30 Uhr; Kreisvorstandssitzung; Mit-glieder sind wie immer willkommen, Neues Stadthaus; Fraktionssaal der CDU (Raum 319); Parochialstr. 1-3,

Mo. 27.10.08, 19.00 Uhr; Berliner Abend mit Christian Burholt im Restaurant Post-kutsche,

Mi. 29.10.08, 19.00 Uhr; Stammtisch der Jungen Union Berlin-Mitte zusammen mit dem RCDS der HU, Café Via Nova, Universitätsstraße 2-3a, 10117 Berlin,

CDA:

Sa. 18.10.08; Canvassing Ihrer CDA Mitte mit dem CDU Ortsverband Dorotheenstadt, ab 10:00 Uhr vor dem Ullrich-Supermarkt am U-Bhf. Mohrenstraße

MIT:

Di. 28.10.08, 19.00 Uhr, MIT-Salon, Marie-Luise Dött, MdB, „Ökologische Industriepolitik, versus soziale Marktwirtschaft“, Holiday Inn Hotel Berlin City West, Rohrdamm 80, 13629 Siemensstadt

Einschulungssprengel gesetzlich ermöglichen

Die BVV hat sich (u.a. auf Antrag der CDU) dafür ausgesprochen, dass schnellstmöglich eine rechts-sichere Änderung des Schulgesetzes erfolgt, um die Bildung von Ein-schulungssprengeln (Zu-sammenfassung von mehreren Grundschulen in einem gemeinsamen Ein-schulungsbereich) zu er-möglichen.



Dr. Frank Knape

Dr. Frank Knape, bildungs-politischer Sprecher der CDU Mitte, in diesem Zusammenhang für die Union deutlich, dass bei der späteren Umsetzung des

änderten Schulgesetzes die Ergeb-nisse der bezirklichen Schul-gremien, wie z.B. der Schul-konferenzen, in den Ent-scheidungsprozess un-bedingt einzubeziehen sind.

Zum Hintergrund: das Oberverwaltungsgericht hatte die vom Bezirksamt Mitte unter der Leitung von Bezirksstadträtin

Dagmar Hänisch (SPD) für das Schuljahr 2007/08 gebildeten Ein-schulungssprengel für unzulässig erklärt.

CDU: Mehr Bürgerbeteiligung durch mehr Transparenz

Die CDU Mitte spricht sich dafür aus, dass das Bezirksamt in Zu-sammenarbeit mit den Quartiers- und Stadtteilmanagements sowie den Quartiersräten, die Öffent-lichkeitsarbeit einheitlich und transparent ge-staltet.

So sollen u.a. auf den Internetseiten der Quartiers- und Stadt-teilmanagements die Protokolle der Quartiers-sitzungen, die Jahresübersichten über die ge-förderten Projekte in den einzelnen Quartiersfonds (Projektnamen, Projekträger, bewilligte Summen, Zeiträume und Realisierungsstand zum Jahresende) sowie die Be-schlussprotokolle der Steuerungs-runden veröffentlicht werden. Der Bezirksverordnete **Hagen**

Streb fordert: „Bürgernähe, Bürgerbeteiligung und die Aktivierung des örtlichen Potenzials sind wesentliche Grund-pfeiler des Programms ‚Soziale Stadt‘. Dies ist bisher in Mitte nur un-zureichend gelungen. Bei den letzten Quartierswahlen lag die Wahlbeteiligung zwischen 1,36 % und 4,95 % der Gesamt-bevölkerung in den jeweiligen QM-Gebieten. Grundvoraussetzung einer Aktivierung der Bürger und der Ingangsetzung eines lebhaften basisdemokratischen Diskurses um konkrete Ziele und Inhalte im Quartier ist ein größtmögliches Maß an Transparenz und Nach-vollziehbarkeit aller getroffenen Entscheidungen.“



CDU-Fraktion erarbeitet Maßnahmenkatalog für die Bezirksfinanzen

Angesichts der dramatischen finanziellen bezogen wird.

Situation des Bezirks Mitte hat die CDU-

Fraktion mit der Erarbeitung von haushaltspolitischen Leitlinien für die Haushaltsplanaufstellungen in den kommenden Jahren begonnen. Erste Forderung der CDU-Fraktion ist, dass die BVV in die Verwendung und Planung der noch nicht vertraglich gebundenen oder verbindlich festgelegten Sanierungsmittel für die kommenden Jahre aktiv ein-



Carsten Spallek

Der haushaltspolitische Sprecher **Carsten Spallek** betonte, dass vor dem Hintergrund der finanziellen Situation des Bezirks Mitte es unerlässlich sei, dass sämtliche Mittel und Möglichkeiten zu prüfen sind, wie die vorhandenen Gelder Nutzen maximierend für den gesamten Bezirk eingesetzt werden können.

SPD Mitte wechselt die Meinung – und bleibt doch ihrer verlogenen Verkehrspolitik treu

Der Bürgerentscheid gegen die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in der Mitte ist noch nicht einmal zwei Wochen alt, da wechselt die SPD-Fraktion Mitte die ideologischen Seiten und erkennt auf einmal die Erforderlichkeit an, dass eine Innenstadt auch Parkplätze erfordert.



War bis vor zwei Wochen der private Fahrzeugverkehr noch Grund allen Übels und Anlass für eine überzogene Gebühren- „verdrängt“ werden.

erhöhung bei den Parkautomaten, so soll nun auf der süd-östlichen Seite der Karl-Liebknecht-Straße (in Höhe Fernsehturm) das Parken auf dem Gehweg erlaubt werden.

Grund: in dem genannten Bereich werden häufig Fahrzeuge auf der Busspur geparkt – diese Fahrzeuge sollen nach Meinung der SPD

nun auf denn angeblich so breiten Gehweg

Internettipp:

Auf der Internetseite des Bezirksamtes Mitte von Berlin finden Sie alle Anfragen und Anträge sowie die Vorlagen des Bezirksamtes zur Kenntnisnahme. Für die Initiativen der jeweils letzten

Sitzung der BVV Mitte gehen Sie auf:

<http://www.berlin.de/ba-mitte/bvv/bvv-unterlagen.html>

Abgeordnetenhaus debattiert über Finanzmarktkrise

Am 16. Oktober 2008 befasste sich das Berliner Abgeordnetenhaus mit der internationalen Finanzkrise und dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz der Bundesregierung. Kurz zuvor hatten sich Bund und Länder über eine Lastenteilung geeinigt und damit den Weg für das Rettungspaket freigemacht.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Frank Henkel begrüßte diese Einigung: "Solidarität und zügiges Handeln sind das Wichtigste, was wir in dieser kritischen Zeit brauchen. Ich bin optimistisch, dass das Stabilisierungspaket einen wichtigen Beitrag zur Eindämmung der Krise leisten wird. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Finanzsystem muss wieder gestärkt, die Liquidität der Banken wiederhergestellt werden."

Zugleich betonte Henkel in seiner Rede, dass die Bewältigung der Krise unter den Rahmenbedingungen der sozialen Marktwirtschaft erfolgen müsse. Die massive Finanzkrise habe

erneut bestätigt, dass der zügellose Kapitalismus nicht funktioniere, genauso wenig wie staatliche Zwangswirtschaft und Sozialismus. Der Staat müsse temporär eingreifen, um die Stabilität des Finanzplatzes zu sichern. Die Banken müssten jedoch im Gegenzug für Leistungen aus dem Stabilisierungsfonds harte Auflagen und eine Einflussnahme auf die Geschäftspolitik akzeptieren.



Der CDU-Fraktionsvorsitzende forderte den Senat auf, die konjunkturellen Risiken auch in seiner Wirtschafts- und Haushaltspolitik zu berücksichtigen. Laut Herbstgutachten wächst die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr nur noch um 0,2 Prozent. Das würde für Berlin voraussichtlich ein Minuswachstum bedeuten, so Henkel. Der Senat müsse alle Vorkehrungen treffen, um die Auswirkungen gerade für die kleinen und mittelständischen Unternehmen abzufedern. Zudem müssten die konjunkturellen Risiken auch in Sarrazins Finanzplanung abgebildet werden.

Verkehr vor Nostalgie – Planungen für Molkenmarkt ändern

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat den Senat aufgefordert, die Planungen für den Molkenmarkt zu ändern. Die stadtplanerische Intention, historische Straßen- und Platzsituationen zu rekonstruieren und einen am menschlichen Maß orientierten Stadtraum erlebbar zu machen, ist zwar grundsätzlich zu begrüßen. Voraussetzung ist allerdings, dass eine leistungsfähige Straßeninfrastruktur geschaffen wird, die auch einen fairen Verkehrsträger-Mix ermöglicht. Daher ist der Senat aufgefordert, die bisherigen

Bebauungspläne für den Molkenmarkt, die zu einem Verkehrschaos in der City Ost führen würden, zu ändern und stattdessen den von der CDU-Fraktion bereits vor einigen Jahren vorgestellte Gegenentwurf, den die IHK Berlin aufgegriffen und durch die Beauftragung eines privaten Planungsbüros dafür gesorgt hat, dass inzwischen eine detaillierte Planung vorliegt, umzusetzen. Die Umsetzung dieser konkreten Planung würde eine städtebauliche Aufwertung dieses Gebietes auch ohne einen Verkehrsinfarkt möglich machen.

Würdiger Abschied von einem historischen Flughafen Berlin-Tempelhof

Anlässlich der Beendigung des Flugbetriebs auf dem Zentralflughafen Tempelhof am 30. Oktober 2008 hat die CDU Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus den Senat aufgefordert, der Berliner Bevölkerung am Abend dieses Tages eine angemessene Gelegenheit zu geben, sich in großer Zahl öffentlich, würdig und kostenlos von der „Mutter aller Flughäfen“, wie es Sir John Foster einmal ausdrückte, zu verabschieden.

Für Deutschland und für Berlin hat der Flughafen Tempelhof seit seiner Entstehung stets eine besondere Bedeutung in seiner jeweiligen Epoche gehabt. Entstanden als Start- und Landeplatz für die ersten Flugpioniere wurde er in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zum damals größten Flughafen der Welt mit dem heute noch drittgrößten zusammenhängenden Gebäude der Welt ausgebaut. Die Lufthansa nahm von hier aus ihren Flugbetrieb auf und entwickelte sich zu einem der größten Luftverkehrsunternehmen in der Welt.



Aber erst durch den zweiten Weltkrieg und die sich daraus ergebenden neuen politischen Konstellationen entstand für den Flughafen Tempelhof der Mythos des Freiheitssymbols und des Rettungsankers für die Berliner Bevölkerung. Die von den Alliierten organisierte und betriebene Luftbrücke sicherte das Überleben der West-Berliner 1948/49 und damit West-Berlin als die Insel der Freiheit.

Es darf darüber hinaus aber auch nicht in Vergessenheit geraten, dass der freie unkontrollierte Luftweg von Tempelhof in die Bundesrepublik die einzige Möglichkeit für die zahlreichen DDR-Flüchtlinge war, die die Transitwege zu Land oder auf der Schiene nicht mehr benutzen konnten. Und auch die Menschen, die ein Flugzeug als letztes Mittel zur Erlangung der Freiheit in ihre Gewalt brachten, um es auf dem Flughafen Tempelhof

landen zu lassen, werden untrennbar mit der Geschichte des Flughafens verbunden bleiben.

So kam die Wiedervereinigung Deutschlands wie ein Geschenk des Himmels auch über den Flughafen Tempelhof, der von nun an wieder ausschließlich für das Originäre eines Flughafens, der Abwicklung des zivilen Luftverkehrs, zur Verfügung stand.

Die Neustrukturierung der Flughafenstandorte der Region Berlin/Brandenburg machte es vernünftigerweise mit BBI notwendig, einen neuen Großflughafen zu konzipieren. Dafür hätte der Flughafen Tempelhof als Ergänzungsflygflughafen in idealer Weise für die Kleinfliegerei unter 14t maximale Abflugmasse eine wertvolle und zukunftsstrahlende Rolle spielen können.

Wenn jedoch politisch ideologische Entscheidungen über die Vernunft und den Sachverstand von Verkehrsexperten die Oberhand gewinnen, wird auch ein Flughafen Tempelhof geschlossen. Dieser Tag naht nun mit dem 30. Oktober 2008.

Aber welchen Abschied plant der Senat als Gesellschafter der Flughafengesellschaft an diesem Abend? 800 ausgewählte und geladene VIP's sollen zu einem Eintrittsgeld ab 200 € aufwärts an einer Gala-Abschiedsparty im Empfangsgebäude des Flughafens Tempelhof teilnehmen dürfen. Und wo bleibt die Berliner Bevölkerung, die sich noch im April dieses Jahres mit 530.000 Stimmen für die Offenhaltung und damit für den Erhalt ausgesprochen hat? Gerade diesen Menschen sollte der Senat eine angemessene Gelegenheit gewähren, sich mit einem würdigen öffentlichen Abschied kostenlos von ihrem Flughafen zu verabschieden.

Das hat dieser Flughafen Tempelhof, das haben die Berlinerinnen und Berliner verdient.

Henkel: Sture Haltung des Senats im Tarifkonflikt schadet Berlin

Nach Innensenator Körting hat nun auch noch einmal Finanzsenator Sarrazin die ablehnende Haltung des Senats gegenüber Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften bekräftigt. Das immer gleiche Argument lautet: Es gebe vor 2010 keinen Spielraum für Tarifanpassungen. Mit seiner Sturheit nimmt der Senat eine Ausweitung des Streiks im öffentlichen Dienst in Kauf und damit einen ausufernden Schaden für Berlin.

Das Festhalten am einseitigen Lohndiktat schürt nämlich nicht nur die Unzufriedenheit bei den Beschäftigten, sondern führt auch zu Serviceeinbußen für die Berlinerinnen und Berliner. Außerdem kann es sich Berlin nicht leisten, dass immer mehr Einnahmen wegbrechen. Anstatt Gelassenheit vorzugeben, sollte der Senat endlich wieder Gesprächsbereitschaft erkennen lassen. Alle Beteiligten müssen an einen Tisch und konstruktiv an einer Lösung arbeiten.

Wir brauchen einen motivierten und leistungs-

starken öffentlichen Dienst. Um das zu erreichen, ist es auch notwendig, das Einkommen der Beschäftigten an die veränderte Lebensrealität anzupassen. Schließlich stehen den Gehaltskürzungen der vergangenen Jahre steigende Lebenshaltungskosten unvereinbar gegenüber.

Weder die Beschäftigten im öffentlichen Dienst noch wir erwarten, die damaligen Kürzungen vor Auslaufen des Anwendungstarifvertrages umzukehren. Angesichts der schwierigen Haushaltslage wäre das auch unverantwortlich. Was die CDU-Fraktion nach wie vor fordert, ist eine moderate Anhebung der Tarife in Höhe der Inflationsrate noch in diesem Jahr, beginnend bei den niedrigen Lohn- und Gehaltsgruppen. Zudem muss endlich ein Personalentwicklungsplan vorgelegt werden. Die immer neuen und widersprüchlichen Rechen-spielchen von Rot-Rot zum Personalabbau führen zu einer zusätzlichen Verunsicherung der Beschäftigten.

Henkel: Vereinheitlichung der Rentenberechnung richtiger und wichtiger Schritt

Die CDU-Fraktion unterstützt die Bundesratsinitiative des Landes Thüringen und der anderen neuen Bundesländer nach einer Vereinheitlichung der Rentenberechnung in Ost und West. Wir begrüßen, dass auch der Berliner Senat diesem gemeinsamen Entschließungsantrag beitreten will.

Im Jahr 18 nach der Wiedervereinigung ist es nicht nur ein richtiger Schritt zu mehr Gerechtigkeit, sondern folgt der Grunddevise, die schon Mitte der 90er Jahre für Berlin galt: Damals hat sich die CDU für gleichen Lohn für gleiche Arbeit eingesetzt. Heute müssen wir diesen Weg weiter gehen und noch bestehende Unterschiede zwischen der Berechnung der Renten in Ost und

West zu beseitigen suchen. Die Entschließung des Bundesrats, die die Bitte an die Bundesregierung formuliert, Modellrechnungen zur Berechnung und Veränderung des aktuellen Rentenwerts vorzulegen, ist der richtige Weg, um die Sonderregelung für die Rentenberechnung in den neuen Bundesländern zu überwinden.

Wir begrüßen, dass Bundeskanzlerin Merkel das Thema `Vereinheitlichung der Rentenberechnung in Ost und West` zu den Aufgaben der großen Koalition in den nächsten Monaten machen will. Dieses wichtige Thema bedarf der Zusammenarbeit beider großer Volksparteien.

Impressum

Kreisverband CDU Mitte

V.i.S.d.P.:
Frank Henkel, MdA
-Kreisvorsitzender-

Wallstraße 14a, 10179 Berlin

Tel.: 030-395 27 80; Fax: 030-390 34 144; Email: cdumitte@aol.com; <http://www.cdumitte.de>